

Herrn  
amtsführenden Stadtrat  
der Geschäftsgruppe  
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,  
Internationales und Wiener Stadtwerke  
KommR Peter Hanke

**Beschluss-(Resolutions-)Antrag**

der Gemeinderät\*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Anton Mahdalik (FPÖ) und Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

**Schutz der Bürger vor weiteren EU-Steuern**

ÖVP-Vizepräsident des EU-Parlaments Othmar Karas verlangte vor dem Sommer 23 weitere EU-Steuermittel von den Mitgliedsstaaten. Abgesehen von den schon bisher den Nettozahler aufgebürdeten Belastungen würde die Einführung von weiteren EU-Steuern den ohnehin vom Brüsseler Establishment vorangetriebenen Zentralisierungsprozess der Union auf Kosten der Bürger weiter beschleunigen.

Die EU versage in allen wichtigen Politikbereichen, sei es beim Außengrenzschutz gegen die illegale Masseneinwanderung oder der Sicherung des Wohlstands, und arbeite geradezu gegen die Interessen der Bürger. Mit dem selbstzerstörerischen Sanktionsregime und Waffenlieferungen, mitfinanziert auch von den österreichischen Steuerzahlern durch die zynische „Friedensfazilität“, hat sie Europa in den Ukraine-Krieg verstrickt und lässt mit dem „Green Deal“ ein beispielloses Belastungsprogramm über die Bürger rollen. Dafür darf es kein weiteres Geld aus Österreich geben, weder durch eine Budget-Aufstockung noch durch weitere EU-Steuern.

Auf europäischer Ebene sollten besser alle Hebel für Einsparungen und Korruptionsbekämpfung in Bewegung gesetzt werden, anstatt nach noch mehr Kompetenzen und weiterem Geld der teuerungsgeplagten Bürger zu rufen. Es ist Zeit, eine Rückholung österreichischer Souveränität und Selbstbestimmung in Angriff zu nehmen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

### Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen weitere Belastungsprogramme durch die EU aus und ersucht die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass keine weiteren Steuern auf die österreichische Bevölkerung abgewälzt werden. Stattdessen sollen auf europäischer Ebene alle Hebel für Einsparungen und Korruptionsbekämpfung in Bewegung gesetzt werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

